



Mobilitätsausschuss

Niederschrift über die 27. Sitzung des Mobilitätsausschusses am 6. Dezember 2022

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67
in 18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 17:00 - 18:03 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Marco Jahns

Ausschussmitglieder

Herr Steffen Bartsch-Brüdgam

Herr Alexander Benkert

Frau Andrea Kühl

Herr André Meißner

Herr Thomas Schulz

Frau Friederike von Buddenbrock

Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp

Frau Anita Zimmermann

Teilnahme per Videokonferenz

Stellvertreter/-in

Herr Lutz Gelzenleuchter

Frau Monika Wenzel

Vertretung für Herrn Martens

Vertretung für Herrn Löttge

Von der Verwaltung

Herr Ralph Langkammer

Frau Gerlind Ockert

Herr Dietmar Schubotz

Herr Robin Thomas

Herr Thomas Baase

Herr Marcus Hanusch

Frau Manuela Redlich

Herr Ulrich Sehl

FDL 02

FDL 37

FGL 12.40

FGL 31.50

SB Verkehrsplanung/ÖPNV

amt. FGL 01.20

SB Kreistagsangelegenheiten

Geschäftsführer VVR

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Mario Bauch

Herr Mathias Löttge

Herr Rolf Martens

Herr Michael Meister

Frau Julia Präkel

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

unentschuldigt

entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschrift vom 15. November 2022
5. Beratung zum Antrag auf Verkürzung der Fahrzeiten - Schülertransport im ländlichen Bereich zum Gymnasium Grimmen aus der Einwohnerfragestunde der Ausschusssitzung vom 15. November 2022
6. Anfragen
7. Mitteilungen

- Nichtöffentlicher Teil -

8. Bestätigung der Niederschrift nichtöffentlicher Sitzungsteil vom 15. November 2022
9. Anfragen
10. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Jahns eröffnet die 27. Sitzung des Mobilitätsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Mobilitätsausschuss mit 10 von 15 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist. Herr Bartsch-Brüdgam nimmt an der Ausschusssitzung per Videokonferenz teil.

2. Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Anmerkungen oder Ergänzungen werden nicht vorgetragen.

Der Mobilitätsausschuss bestätigt einstimmig die Tagesordnung.

4. Bestätigung der Niederschrift vom 15. November 2022

Anmerkungen oder Ergänzungen zu der Niederschrift werden nicht vorgetragen.

Der Mobilitätsausschuss bestätigt einstimmig bei zwei Enthaltungen die

Niederschrift vom 15. November 2022.

5. **Beratung zum Antrag auf Verkürzung der Fahrzeiten - Schülertransport im ländlichen Bereich zum Gymnasium Grimmen aus der Einwohnerfragestunde der Ausschusssitzung vom 15. November 2022**

Herr Benkert betritt die Sitzung um 17:02 Uhr (11/15)

Herr Sehl teilt mit, dass die mit drei Stunden angegebenen Fahrzeiten keine reinen Fahrzeiten seien. Es gehe um Fahrzeiten, die bei über einer Stunde liegen, zum Teil auch nur knapp. Wartezeiten müssen zunächst von der verkehrlichen Seite herausgerechnet werden. Hohe Fahrzeiten seien unbefriedigend, jedoch würden weitere Direktfahrten im Hinblick auf die große Fläche zusätzliche Kapazitäten erfordern, die die VVR nicht habe. Die Fahrer/innen seien morgens im Schülerverkehr im Einsatz, in den letzten Jahren sei hier bereits eine deutliche Verstärkung notwendig geworden. Das neue Schulzentrum habe zwei zusätzliche Busse und Fahrer gekostet. Auch an anderen Stellen habe man verstärkt. Der Schülerverkehr sei in den letzten 2 bis 3 Jahren deutlich angewachsen und dieses Wachstum gehe auch weiter. Aktuell befinde sich die VVR im Fahrplanwechsel, der zum 15. Januar 2023 erfolge. Für diese konkrete Anfrage bzw. die Petition für das Gymnasium Grimmen betreffend, gebe es im neuen Fahrplan keine signifikante Fahrzeitverkürzung. Die komplexe Netzplanung und Fahrplangestaltung mache kurzfristige Änderungen unmöglich. Dies sei nur über zusätzliche Direktfahrten machbar, die derzeit nicht zusätzlich geleistet werden können. Schwerpunktorte mit langen Fahrzeiten seien hier Behrenwalde, Millienhagen, Oebelitz und Steinfeld. In anderen Ausschüssen habe man aber auch bereits über andere Orte gesprochen. Es werde versucht gegenzusteuern. Von Dranske nach Bergen gebe es mit dem neuen Fahrplanwechsel eine Fahrzeitverkürzung von 14 Minuten. Auch im vorliegenden Fall werde eine Verbesserung angestrebt. Zu diesem Schuljahr bzw. Fahrplanwechsel könne aber die VVR aus eigener Kraft nichts machen. Auch wenn nachvollziehbar sei, dass die langen Fahrzeiten für die betroffenen Familien problematisch sind, müsse die Gesamtdimension gesehen werden. Zu entscheiden sei, wo der nächste freie Bus und Fahrer eingebracht werde. Es könne immer nur eine schrittweise Entlastung und Verbesserung erfolgen. **Herr Sehl** führt weiter aus, dass in diesem Jahr ca. 5.000 Schüler/innen mehr im Beantragungsprozess und damit potentiell in den Fahrzeugen seien. Erst mit Beginn des neuen Schuljahres werde absehbar sein, wo sich neue Ströme entwickeln. Zudem käme eine große Zahl von Anträgen erst so spät, dass in die Planung nicht mehr eingegriffen werden könne.

Herr Jahns weist darauf hin, dass die Umsteigezeiten in die Fahrzeiten mit einzuberechnen seien, auch wenn es sich um Pausen und nicht um reine Fahrzeiten handle. Er erfragt, ob die mitgelieferten Vorschläge durch die VVR geprüft wurden, wie z. B. andere Routen zu fahren etc.

Herr Sehl erläutert, dass dies eine komplette Überplanung des Netzes Nordvorpommern bedeuten würde, was in so kurzer Zeit nicht realisiert werden könne. Das gesamte Netz sei ineinander verknüpft. Drei Monate Vorlaufzeit seien hierfür notwendig. Andere Fahrbeziehungen müssten dann ebenfalls berücksichtigt werden.

Herr Jahns fragt nach, ob eine Anpassung des Fahrplans zum Beginn des nächsten Schuljahres möglich sei.

Herr Sehl stellt hierzu klar, dass für eine Einschätzung das Ergebnis der Netzplanung abgewartet werden müsse. Eine Zusage zur deutlichen Verbesserung könne er aktuell, zumindest nicht mit den vorhandenen Ressourcen, nicht geben.

Frau Ockert führt ergänzend aus, dass es der Verkehrsgesellschaft obliege,

Schülerbeförderung zu organisieren. Der Landkreis habe lediglich die öffentliche Beförderung der Schüler/innen zur örtlich zuständigen Schule durchzuführen und für den Fall, dass eine solche nicht möglich sei, Kosten zu erstatten. Von den gesetzlich geregelten Ausnahmen seien die Schüler/innen am Grimmener Gymnasium nicht betroffen. Sie nimmt Bezug auf die Schülerumfrage des Gymnasiums Grimmen. Diese sei zusammen mit der VVR geprüft worden. Es haben ca. 170 Schüler/innen daran teilgenommen, weniger als die Hälfte der Schüler/innen, die an der Schülerbeförderung zum Gymnasium Grimmen teilnehmen. 31 Schüler/innen haben angegeben, mehr als 60 Minuten Fahrzeit mit Wartezeit zu haben. Die Prüfung durch den Landkreis und die VVR habe ergeben, dass die Wahrnehmung der Schüler/innen von den tatsächlichen Fahrzeiten abweiche. Es seien nur 17 Schüler/innen von einer Fahrzeit von über 60 Minuten betroffen. 25 Schüler/innen haben angegeben, fast nie einen Sitzplatz zu haben. Die tatsächlich gefahrene Zahl der Kilometer fehle in diesen Angaben. In öffentlichen Linienbussen seien neben Sitz- auch Stehplätze vorhanden. Auf die zahlreich eingereichten Vorschläge könne durch den Landkreis nicht eingegangen werden, diese seien vom Verkehrsbetrieb zu prüfen. **Frau Ockert** stellt klar, dass die Angabe, zwei Drittel der Schüler/innen seien in der Schülerbeförderung, nicht korrekt sei. Es handle sich inzwischen um über 80 %. Von insgesamt 613 Schüler/innen seien 514 Schüler/innen in der Beförderung. Durch die Schülernetzkarte und den Wegfall der Mindestentfernung habe sich die Anzahl der zu befördernden Schüler/innen erhöht. Weiterhin informiert Sie, dass die Regelung, wonach der Landkreis es sich in seiner Schülerbeförderungsverordnung zur Prämisse gemacht habe, dass der Schulweg nicht mehr als 2 Stunden täglich betragen soll, weder im Schulgesetz M-V noch in der Schülerbeförderungssatzung zu finden sei. Die Verkürzung langer Fahrtwege könne tatsächlich nur vom Verkehrsbetrieb durch die Änderung von Fahrzeiten mit Einsatz von zusätzlichen Fahrzeugen und Erhöhung des Zuschusses durch den Landkreis erreicht werden. Zu Behrenwalde merkt **Frau Ockert** an, dass es sich auch hier um einen langen Schulweg mit Umstieg handle, ebenso Hohenbarnekow.

Herr Jahns merkt an, dass man sich in Kenntnis der steigenden Schüler/innenzahlen und mit Blick auf die zunehmende Städteflucht entsprechend umstellen müsse.

Frau Ockert bejaht die Nachfrage von Herrn Meißner, ob über Schüler/innen gesprochen wurde, die zur örtlich zuständigen Schule fahren.

Die Frage von **Herrn Benkert**, ob der Landkreis verpflichtet sei, die Schüler/innen zur örtlich zuständigen Schule zu bringen, wenn die VVR es nicht schaffe, wird von **Frau Ockert** verneint. **Herr Benkert** regt eine Prüfung hinsichtlich der Höhe der Erstattungskosten durch den Landkreis für den Fall an, dass die Beförderung durch die VVR nicht binnen 60 Minuten gewährleistet werden könne.

Herr Sehl erläutert, das Netz sei historisch weit über 20 Jahre gewachsen. Liniennetz und Betriebskonstruktion hätten in der Grundausrichtung die örtlich zuständigen Schulen gehabt. Später seien weitere Schüler/innen für örtlich unzuständige Schulen hinzugekommen, entsprechend habe man Anpassungen vorgenommen. Insgesamt sei das Netz komplex. Die Umsetzung des neuen Nahverkehrsplans beinhalte die Aufgabe, ein völlig neues Liniennetz für den Landkreis bzw. hier speziell für den Bereich Nordvorpommern zu erarbeiten. Hierfür brauche die VVR Unterstützung. Das Netz werde konzeptionell anders erstellt als bisher. Sehr wahrscheinlich werde es Knoten- und Umsteigepunkte geben. Es werde auch sehr hart zu diskutieren sein, gestaffelte Schulanfangszeiten zu haben. Die VVR sei überhaupt nicht in der Lage, eine Schule dazu zu bewegen, etwas zugunsten der Fahrplankonstruktion zu verändern. Einzelfälle seien die Ausnahme. Aus fast jedem Winkel würden Schüler/innen zu ihrem Schulstandort gebracht. Manchmal gebe es tatsächlich 65 Minuten Fahrzeit. Das neue Konzept beinhalte aber wesentlich mehr

Umsteigebeziehungen, anderenfalls benötige man mehr Busse für Direktfahrten. Die Schulen müssten ggf. ihre Anfangszeiten abstimmen, wie es in Einzelfällen schon getan werde. **Herr Sehl** betont, die Erwartungshaltung, dass in drei Monaten alles besser sei, müsse gedämpft werden. Zugleich sagt er dem Ausschuss eine Prüfung zu. Das neue Linienkonzept müsse besser sein, hierfür seien aber die neuen Umsteigebeziehungen nötig, was zunächst ggf. auch Irritation auslösen werde. Es stehe eine Mammutaufgabe bevor. Bereits in den letzten 2 Jahren habe man enorm viele Leistungen in den Schülerverkehr gesteckt, was auch gesehen werden sollte. **Herr Jahns** fragt in Bezug auf das neue Fahrplankonzept, inwieweit ggf. bereits eine Vergabe für ein Planungsbüro etc. erfolgt sei.

Herr Sehl führt aus, dass das Thema in den Wirtschaftsplan für das nächste Jahr mit aufgenommen und bereits Ausschau nach Verkehrsplanungsbüros am Markt gehalten wurde, aber noch kein Vergabeverfahren eingeleitet worden sei.

Herr Jahns bittet darum, den Mobilitätsausschuss über die Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

Herr Meißner erbittet für die Impulsgeberinnen dieses Themas, Frau Nurkewitz und Frau Kasten, das Rederecht, welches einstimmig angenommen wird.

Frau Nurkewitz stellt in Bezug auf die Ausführungen zu großen Entfernungen klar, dass ihre Familie lediglich 20 km von Grimmen entfernt wohne. Für ihre Kinder und den gesamten Strang Franzburg/Richtenberg bedeute dies, dass die Kinder erst 20 km nach Tribsees gefahren werden, um von dort nach einem Umstieg nochmals über 20 km zum Gymnasium nach Grimmen zu gelangen. Das sollte geändert werden, wodurch sich ja die Fahrzeiten reduzieren würden. Sie sehe zudem jeden Morgen, wie die Kinder 6:05 Uhr und 6:10 Uhr in den Bus steigen, was teilweise auch Leerfahrten seien, die offiziell gar nicht auftauchen würden. Das seien die langen Fahrzeiten, da die Kinder erst 7:36 Uhr an der Schule ankämen. Die Zeiten seien nicht ausgedacht. Es gebe 629 Unterschriften von besorgten Eltern. Sie sehe auch ein, dass der VVR Fahrer und Busse fehlen. Jedoch könne dieser Zustand nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden.

Herr Sehl stellt klar, dass die VVR diese Umstände auch hinterfrage und die Fahrplaner versuchen, hierfür eine Lösung zu finden. Mit Blick auf die Entwicklung der letzten 2 Jahre schätzt er ein, dass das Problem gelöst werden könne, jedoch nicht innerhalb kürzester Zeit. Die Busse könnten nur eine Route fahren, um die Schüler/innen einzusammeln, und irgendwo müsse der Anfang der Route sein. Das Problem werde jedoch nicht zur Seite gelegt. Einen Schub erwarte er durch Umsteigeknoten, die mit der Netzneuplanung entstehen werden könnten.

Frau Nurkewitz führt noch einmal zusammenfassend aus und schließt mit dem Wunsch nach einer Umsetzung der Änderungen zum Schuljahr 2023/2024 ab. Hierzu werde sie auch aufgrund der gesammelten Unterschriften wieder nachfragen.

Frau von Buddenbrock bemerkt, dass das Problem der langen Fahrzeiten schon seit vielen Jahren bestehe, da die Kinder in die örtlich zuständige Schule müssen. Schon früher seien die Kinder quer durch alle Dörfer gefahren. Die Zentralisierung der Schulen und weitere Schließungen würden dieses Problem noch verstärken. Man hätte dieses Thema aus Ihrer Sicht viel früher in Angriff nehmen müssen.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp stellt die Frage, ob es bei Eröffnung einer Verbindung von Franzburg nach Abtshagen nicht möglich sei, Busse von Negast Steinhagen zum Gymnasium Grimmen fahren zu lassen.

Herr Sehl teilt mit, dass die VVR die Anregung prüfen werde.

Frau von Buddenbrock stellt fest, dass die Herangehensweise an das Problem hinterfragt werden müsse. Der Staat habe einen Beschulungsauftrag, der auch die Beförderung der Kinder zur Schule beinhalte. Die Beförderung werde, um das Problem zu lösen, oft einer Verkehrsgesellschaft übergeholfen. Mittels politischer

Entscheidungen werde das Schulangebot gestrafft, den Schulen aber auch nicht genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt, um Lehrpläne so zu gestalten, dass die Schultage nicht unendlich lang werden. Hierdurch entstehende Probleme lade man am Ende auf die Kinder bzw. die Eltern ab. Aus ihrer Sicht könne eine Lösung dafür weder durch Frau Ockert noch durch Herrn Sehl gefunden werden. Es gehe um eine Grundsatzentscheidung, die eigentlich nach Schwerin getragen werden müsse. **Frau von Buddenbrock** verweist darauf, dass es in diesem Jahr die höchste Zahl schulabschlussloser Schulgänger gegeben habe. Das Erreichen qualifizierter Abschlüsse werde behindert. Die Herangehensweise an dieses Thema werde infrage gestellt, hier seien auch die Parteien gefordert.

Herr Benkert schlägt vor, dass die VVR wie angekündigt eine Prüfung durchführe und bis März nächsten Jahres das Ergebnis präsentiere. Parallel solle für den Fall, dass festgestellt werden muss, dass keine Änderungen möglich seien, in Zahlen dargelegt werden können, ab welcher maximalen Fahrzeitgrenze welche Kosten im Rahmen einer Erstattungspflicht durch den Landkreis entstehen würden.

Frau Zimmermann erfragt, ob bei einer Änderung des Unterrichtsbeginns ein besserer Fahrplan für die VVR möglich sei. Eltern- und Schulräte könnten Einfluss auf den Zeitpunkt des Unterrichtsbeginns nehmen.

Herr Jahns ergänzt die Nachfrage an Herrn Sehl dahingehend, ob es der VVR noch Mittel für die Planung bedürfe.

Herr Sehl fasst zusammen, dass aktuell der Fahrplanwechsel anstehe, danach erfolge die potentielle Anbieterauswahl, das Erstellen des Lastenheftes und die Ausschreibung. Der Mobilitätsausschuss werde jedoch für die Umsetzung des Fahrplankonzeptes, dass auch die Belange der Schüler/innen berücksichtigen werde, gebraucht. Dann kämen auch die Schulanfangszeiten zum Tragen. Zumindest ein Grundgerüst müsse hier geschaffen werden. Im Zuge des Veränderungs- und Umsetzungsprozesses würden alle Beteiligten gebraucht.

Frau Nurkewitz erfragt, weshalb eine Schülerin nicht mit dem Bus fahren dürfe, der über Angerode nach Hohenbarnekow fahre. Stattdessen fährt sie mit dem Bus über Tribsees. **Frau Nurkewitz** bittet, den Grund hierfür zu erläutern.

Frau Ockert verweist zur Beantwortung dieser Frage an den Verkehrsbetrieb. Der Landkreis mache hier keine Vorgaben.

Herr Sehl kündigt an, die Beantwortung schriftlich nachzureichen.

Herr Meißner bittet darum, im nächsten Mobilitätsausschuss für ein solches Thema eine Karte zur besseren Übersicht der Routen vorzubereiten.

Frau Kasten merkt an, dass es einerseits nicht genügend Busse und Fahrer bei der VVR gebe, in der Vergangenheit aber andererseits eine hochbegabte Schülerin täglich mit dem Taxi gefahren worden sei. Für normale Schüler/innen bestehe diese Möglichkeit offensichtlich nicht. Zu bedenken sei auch, dass es derzeit viele Kleinkinder gebe, die in den nächsten Jahren die Busse nutzen werden. Insgesamt bestehe aus ihrer Sicht in der Praxis, anders als in der Theorie, keine Chancengleichheit.

Herr Sehl widerspricht der Behauptung der Ungleichbehandlung. Mit Hochdruck sei man dabei, Fahrer einzustellen. In diesem Jahr seien mehr als 50 Fahrer eingestellt worden. Wenn Fahrer und Bus vorhanden seien, werde auch eine Lösung hergestellt, ohne Unterscheidung zwischen Gymnasium, hochbegabt etc. Einmal finanzierte Leistungen würden auch erbracht werden.

Herr Jahns bittet abschließend, den Ausschuss über die Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

Herr Sehl kündigt eine Information zum Sachstand für den übernächsten Mobilitätsausschuss an.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

6. Anfragen

Anfragen werden nicht gestellt.

7. Mitteilungen

Zur Beantwortung der Frage von Frau Dr. Schmutzer zum Linienverkehr Bad Sülze führt **Herr Thomas** aus, dass im Ergebnis der Prüfung auch eine juristische Person des öffentlichen Rechts Gelegenheitsverkehr anbieten könne, § 46 ff. PBefG. Einschlägig seien hier die §§ 49, 50 PBefG. Auch eine Gemeinde oder Privatperson könne einen Antrag auf Mietwagenkonzession oder Konzession für gebündelten Bedarfsverkehr stellen. Es erfolge u.a. die Prüfung der objektiven und subjektiven Tatbestandsvoraussetzungen, wie Zuverlässigkeit, fachliche Eignung, finanzielle Leistungsfähigkeit und Tragbarkeit.

Herr Jahns merkt an, dass die bürokratischen Hürden und der damit verbundene Zeitablauf bis zur Beantwortung der Frage dazu geführt hätten, dass sich das Thema nun erledigt habe. Nach Information von Herrn Sehl fahre der Bus ab 12. Dezember 2022.

Zu einer weiteren Anfrage von Herrn Bauch, ob und welche Linien in Stralsund ausgefallen seien und ob man sich darauf einstellen müsse, dass dieser Linienausfall in Zukunft weitergehe, führt **Herr Baase** aus, dass eine Prüfung ergeben habe, dass keine Linie in Stralsund komplett ausgefallen sei. Ausgefallen seien hingegen einzelne Fahrten der Linien 8 und 9, die teilweise auf das Rufbussystem umgestellt worden seien. Perspektivisch sei dies ohnehin, aufgrund der geringen Auslastung dieser Linien, geplant. Grundsätzlich könne nicht vermieden werden, dass einzelne Fahrten ausfallen, aber es werde nicht dazu kommen, dass ganze Linien über den ganzen Tag hinweg ausfallen würden.

Herr Baase informiert anschließend darüber, dass der Landkreis im Rahmen einer Ausschreibung zum Thema „Autonomes Fahren“ einen Antrag auf Fördermittel beim Bund gestellt habe. Partner innerhalb des Gesamtkonzeptes seien die Landkreise Potsdam-Mittelmark und Oder-Spree. Jeder Landkreis habe einen eigenen Antrag gestellt. Zu gegebener Zeit soll im Ausschuss über den Stand berichtet werden.

Weitere Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Herr Jahns schließt den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung.

10.01.2023, gez. M. Jahns

Datum, Unterschrift
Marco Jahns
Ausschussvorsitzender

10.01.2023, gez. A. Pfefferkorn

Datum, Unterschrift
Anja Pfefferkorn
Protokollführerin